

*(36)

Wirtschaftswachstum von Macau im vergangenen Jahr auf rd. 6% geschätzt

Im vergangenen Jahr hatte die Wirtschaft der portugiesischen Kolonie Macau nach verschiedenen Schätzungen ein reales Wachstum von 5,5-6% zu verzeichnen, etwa wie im Vorjahr mit 5,7%. Jüngsten offiziellen Schätzungen zufolge betrug das Gesamthandelsvolumen in den ersten acht Monaten 1990 17,688 Mrd. Patacas (umgerechnet 2,197 Mrd.US\$), 5,7% mehr als im Vorjahr. Die Exporte stiegen um 11%, und die Bilanz wies einen Handelsüberschuß von 1,6 Mrd. Patacas auf. Die Textilexporte hatten einen Anteil von 74% an den Gesamtexporten, höher als im Vergleichszeitraum 1989 mit 72%.

Im gleichen Zeitraum nahm die Touristenzahl mit 4,1 Millionen um 6,5% gegenüber der Vorjahresperiode zu. Für das ganze Jahr 1990 werden 6 Millionen Touristen erwartet. Über 98% der Touristen kamen aus bzw. über Hongkong.

Im Baugewerbe sind in den ersten sieben Monaten die neu fertiggestellten Bauflächen mit insgesamt 690.000 qm um 6,6% zurückgegangen. Aber die Regierungsausgaben für Investitionen lagen 1990 mit 1,6 Mrd. Patacas (198,75 Mio.US\$) doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Hohes Wachstum wies auch der Finanzsektor auf. Bis Ende September stiegen die Depositen der einheimischen Bewohner um 26% auf 27,7 Mrd. Patacas (3,5 Mrd.US\$) und die Darlehen um 17% auf 15,8 Mrd. Patacas (2 Mrd.US\$). Die Gesamtgewinne der Banken vor Steuer legten im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 31% zu. Infolge der Anhebung des Lebensstandards der Einwohner sind die Importe von Konsumgütern in den ersten acht Monaten um 10,1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Der Preisindex kletterte zugleich um 7,35% nach oben. (XNA, 25.12.90 und 9.1.91)

Am 11. Januar 1991 ist Macau 101. Mitglied des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) geworden. China und Portugal haben gemeinsam die Aufnahme Macaus bei der internationalen Handelsorganisation beantragt. (XNA, 13. und 15.1.91; AWSJ, 14.1.91) -ni-

Oskar Weggel

China und der Golfkrieg

Gliederung:

1. Reaktionen Beijings auf die Golfkrise
 - 1.1. Reaktionen im Gefolge des 2. August 1990
 - 1.2. Reaktionen im Gefolge des 17. Januar 1991: China steckt den Kopf in den Sand
 2. Hauptelemente der etablierten chinesischen Nahostpolitik
 - 2.1. Nahostpolitik in den 70er und 80er Jahren
 - 2.2. Die beiden irrtümlichen Hauptprämissen der chinesischen Nahostpolitik
 - 2.2.1. "Wachsende Friedenskräfte": Ergebnis von Falschprognosen aus dem Jahr 1988
 - 2.2.2. "Wachsende Einheit der Völker des Nahen Ostens"
 3. Die Interessen Chinas
 - 3.1. Allgemein
 - 3.2. Chinesische Wirtschaftsinteressen
 - 3.3. Chinesischer Waffenhandel in Nahost
 4. Die Angst der Regierung vor Unruhen - und sei es auch nur durch Friedensdemonstrationen

1. Reaktionen Beijings auf die Golfkrise

1.1. Reaktionen im Gefolge des 2. August 1990

Am 2. August 1990 überfielen Truppen Saddam Husseins das benachbarte Kuwait und erklärten das Ölscheichtum zu einer Provinz des Irak.

Die Weltgemeinschaft reagierte ohne Zögern. Bereits am 7. August 1990 begannen die USA mit der "Operation Wüstenschild" und entsandten die ersten Truppen nach Saudi-Arabien und in die Golfregion. Da auch Großbritannien, Frankreich und eine Reihe von arabischen Staaten der Anti-Irak-Front Streitkräfte bereitstellten, hatten die multinationalen Truppen am Golf zur Jahreswende 1990/91 bereits eine Gesamtstärke von 530.000 Mann erreicht und verfügten über mehr als 100 Kriegsschiffe sowie über rd. 1.000 Flugzeuge.

Als Reaktion darauf kündigte der Irak an, er werde seine Armee um 250.000 Mann auf 680.000 aufstocken.

Die multinationalen Streitkräfte begannen auch mit gemeinsamen Manövern, auf die wiederum der Irak mit Drohgebärden antwortete. Die Kriegsgefahr wuchs von Tag zu Tag.

China verfolgte diese Entwicklungen mit "offizieller" Besorgnis - und übrigens auch mit Verlegenheit; war Beijing doch von den Entwicklungen am Golf nicht weniger überrascht worden als seinerzeit vom "Dezember-Coup" auf den Philippinen oder aber von den Umbrüchen in Osteuropa Ende 1989. Zwar hatte der chinesische Militärattaché in Bagdad den Angriff des Irak auf Kuwait bereits eine Woche vor der Invasion prognostiziert,¹ doch niemand hatte dies offensichtlich ernstgenommen.

So dauerte es denn fast einen ganzen Monat, ehe Beijing auf den Überfall vom 1./2.8.1990 eine umfassende Strategie des Vorgehens zur Hand hatte. Ende August 1990 traten einige Politbüromitglieder sowie mehrere Senioren i.R., u.a. Deng Xiaoping, zu Beratungen zusammen. Dabei kam es, wie

bereits berichtet,² zur Einigung in drei Punkten und zur Befürwortung einer Politik des "zweifachen Widerstands":

Was erstens die "drei Punkte" anbelangt, so war sich die Runde darüber einig, daß die gegenwärtige Nahostkrise (1) durch "einen kleinen und einen großen Hegemonisten" verursacht worden sei, nämlich den "Regionalhegemonisten" Irak und den "Globalhegemonisten", die USA. Ferner könne (2) der Irak militärisch nicht ausgeschaltet werden. Zwar mögen die Nahrungsmittel knapp werden, doch verfüge das Land über genügend Waffen. Außerdem arbeite die Zeit gegen die USA, vor allem wenn sich das gegenwärtige Patt noch lange hinziehe. Schließlich aber könne man sich an den fünf Fingern ausrechnen, daß (3) beide Mächte an den Verhandlungstisch gingen und das Problem politisch bereinigten.

Unter diesen Umständen empfehle sich, zweitens, eine Politik des "doppelten Widerstands", nämlich (1) gegen die irakische Invasion Kuwaits und (2) gegen eine militärische Einmischung der USA.

Allerdings solle die KPCh ihren Protest gegen die militärische Einmischung der westlichen Länder nicht formal aussprechen, nicht zu rüde formulieren und auch niemanden namentlich angreifen, wie es eigentlich nötig wäre: Man solle m.a.W. vorsichtig vorgehen und die USA, die man gegenwärtig bei der Rückkehr in die Weltbank, in den IWF und überhaupt in die Weltgemeinschaft so nötig habe, nicht vor den Kopf stoßen.

Das chinesische Personal im Irak solle an Ort und Stelle bleiben und weiter an den vertraglich vereinbarten Projekten arbeiten. Nur die in Kuwait stationierten Chinesen sollten repatriert werden - dies geschah in der Tat bereits im August.³

Im übrigen müsse die Golfkrise friedlich gelöst werden.⁴ Beijing wolle sich seine Friedensgeste auch etwas kosten lassen. Anfang November wies das Außenministerium darauf hin, daß die Beteiligung der Volksrepublik an den Sanktionen gegen Irak dem Land bereits jetzt Verdienstaufschläge in Höhe von 2 Mrd. US\$ eingetragen habe. Angesichts der Entschlossenheit jedoch, die Verträge im Irak auch weiterhin

einzuhalten, sowie angesichts des bescheidenen Handelsvolumens zwischen China und dem Irak (1989 rd. 50 Mio. US\$) läßt sich nicht ersehen, wie sich eine so gewaltige Summe letztlich errechnet; oder sollte es sich dabei um Ausfälle für inzwischen entfallene Waffenlieferungen handeln?

Ferner veranstaltete die chinesische Diplomatie mehrere Besuchsreisen durch die Nachbarländer Iraks und schließlich in den Irak selbst. Außenminister Qian Qichen reiste beispielsweise im September in die Türkei⁵ und vom 6. bis 12. November 1990 nach Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien und sprach mit Politikern aus dem Iran, aus den Golfemiraten und - am 2. Oktober im Zusammenhang mit der UNO-Vollversammlung in New York - sogar mit dem israelischen Außenminister.⁶

Vom 13. bis 14. November schließlich ging Qian Qichen in die Höhle des Löwen und besuchte den Irak - lediglich um dort zu erfahren, daß Saddam Hussein gar nicht daran denke, seine Truppen aus Kuwait zurückzuziehen. Qian war hier m.a.W. schnell auf die Grenzen der chinesischen Diplomatie gestoßen - eine etwas demütigende Erfahrung! Entsprechend wortkarg verhielt sich Qian nach seiner Rückkehr in die VR China.⁷

In Verlegenheit befand sich China gegenüber Kuwait, das die Volksrepublik immer mit weichen Krediten versorgt hatte: Zwischen 1982 und 1983 waren es beispielsweise rd. 150 Mio. US\$, 1984 30 Mio. und 1985 300 Mio.⁸

Bei seinem Beijingbesuch vom 26. bis 28. Dezember 1990⁹ dürfte der Emir von Kuwait die VR China an diese früheren Gefälligkeiten erinnert und mehr Solidarität eingefordert haben.

Kurz vor Ausbruch der Kriegshandlungen gab Xinhua noch einmal eine "Chronologie der chinesischen Reaktionen auf die Golfkrise" heraus, die aller Welt klar machen sollte, wie sehr sich Beijing doch um eine friedliche Lösung bemüht habe. Sie sei hier kurz wiedergegeben:

2. August: Invasion des Irak in Kuwait; 4. August: chinesischer Außenminister drückt sein tiefes Bedauern über diese Invasion aus; 5. August: ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums

gibt bekannt, daß China an Irak keine Waffen mehr liefert; 8. August: Premierminister Li Peng drückt das Verständnis für die Selbstschutzmaßnahmen Saudi-Arabiens aus; 14. August: China beschließt, seine Staatsbürger aus Kuwait zurückzuziehen; 21. August: Li Daoyu, Chinas Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, gibt bekannt, daß die VRCh alle Wege zur friedlichen Lösung der Golfkrise im Rahmen des bestehenden Systems der Vereinten Nationen unterstützen wolle, vor allem die Einschaltung des UNO-Generalsekretärs als Vermittler; 22. August: der chinesische Außenminister Qian Qichen fordert die Internationale Gemeinschaft auf, den Irak zu nötigen, Kuwait wieder zu verlassen; 28. August: Premierminister Li Peng betont, daß China gegen die Invasion und die Annexion Kuwaits durch Irak sei, daß es sich gleichzeitig aber auch gegen eine militärische Einmischung der Großmächte wende; 20. September: Premierminister Li Peng betont bei einem Treffen mit dem saudiarabischen Außenminister Saud Faisal, daß die Internationale Gemeinschaft alles unternehmen müsse, um eine weitere Verschärfung der Golfkrise aufzuhalten; 10. Oktober: der chinesische Außenminister Qian Qichen erklärt, daß bei der Lösung der Krise keine militärische Gewalt angewendet werden solle; 12. November: Qian Qichen betont bei seinem Treffen mit Fahd Ibn Abdul Aziz, dem saudiarabischen König, daß China sich auch weiterhin mit friedlichen Mitteln um einen vollständigen Rückzug des Irak aus Kuwait bemühen wolle; 19. November: der UNO-Sicherheitsrat erläßt den Beschluß Nr. 678, der den Einsatz aller zur Räumung Kuwaits nötigen Mittel legitimiert, falls der Irak sich nicht vor dem 15. Januar aus Kuwait zurückziehe. China enthält sich der Stimme; 26. Dezember: der chinesische Staatspräsident Yang Shangkun versichert dem in Beijing auf Besuch weilenden kuwaitischen Emir, daß wirtschaftliche, diplomatische und politische Mittel auch weiterhin angewandt werden sollten, um den Irak zu einem bedingungslosen Rückzug aus Kuwait zu veranlassen; 27. Dezember: Premierminister Li Peng versichert dem kuwaitischen Emir, daß China nichts unternehmen werde, was den Interessen Kuwaits schade; 28. Dezember: KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin versichert dem kuwaitischen Emir, daß China weiterhin die Invasion des Iraks in Kuwait verurteile.¹⁰

1.2.

Reaktionen im Gefolge des 17. Januar 1991: China steckt den Kopf in den Sand

Fünfeinhalb Monate nach der Annexion Kuwaits durch irakische Truppen Anfang August 1990 begann am 17. Januar 1991 aufgrund der UNO-Resolution Nr. 678 der Krieg der Anti-Irak-Koalition mit der Bombardierung Bagdads, Basras sowie irakischer Truppenstellungen in Kuwait und in Südostirak.

China hatte der UNO-Resolution Nr. 678 zwar nicht zugestimmt, aber auch kein Veto eingelegt; vielmehr versuchte es auch weiterhin, zwischen den Fronten zu lavieren und es allen Seiten recht zu machen.¹¹

Die Reaktionen Beijings waren beinahe nichtssagend. Immerhin ließen sich fünf "weiche" Elemente feststellen.

Am 17. Januar gab das chinesische Außenministerium eine erste Stellungnahme ab. Die VRCh habe alles getan, zusammen mit der internationalen Gemeinschaft auf eine friedliche Lösung der Golfkrise durch politische Mittel und über diplomatische Kanäle hinzuarbeiten. Nachdem das Kriegsgeschehen aber nun einmal in Gang gekommen sei, appelliere die chinesische Regierung mit allem Nachdruck an die kämpfenden Parteien, "äußerste Zurückhaltung zu üben", damit die Flammen des Kriegs nicht noch höher schlagen.¹²

Bei einer Pressekonferenz des Außenministeriums am 24. Januar wiederholte der Sprecher das chinesische Verlangen nach einer friedlichen Lösung.

Auf die Frage über die Benutzung kriegsgefangener Piloten als "Schutzschild" an strategisch wichtigen Punkten im Irak verwies er - zweites Element - auf die Genfer Konvention für die Behandlung von Kriegsgefangenen, die unbedingt eingehalten werden müsse.¹³

Wenn der Krieg einmal angefangen habe, müsse man sich auf eine längere Dauer einrichten.¹⁴ China werde sich unterdessen weiterhin um eine friedliche Lösung bemühen.¹⁵

Im übrigen befürwortet China, drittens, maximal neutrales Verhalten. Kritisch äußerte es sich über die Lan-

dung irakischer Flugzeuge auf iranischem Boden: dadurch könne mittelfristig die Neutralität des Iran in Frage gestellt werden.¹⁶

Viertens verblieb es bei seiner Ablehnung des irakischen Junktims. Mit dem Vorschlag Saddam Husseins, der die Kuwait-Frage mit dem Palästinenserproblem verkoppeln wollte und einen gleichzeitigen Abzug des Irak aus Kuwait und Israels aus den besetzten Gebieten sowie Syriens aus dem Libanon vorsah, mochte sich die Volksrepublik auch nach Kriegsausbruch nicht anfreunden, vor allem deshalb nicht, weil sich Beijing damit nicht nur in Konfrontation zu den USA, sondern auch zu Ägypten, Syrien und einer Reihe von Golfländern begeben hätte, die dieses Junktim von vorneherein ablehnten.

Fünftens verzichtete Beijing auf eine klare Verurteilung der militärischen Aktion, und zwar offensichtlich aus zwei Gründen: Zum einen konnte es sich nicht schon wieder eine Konfrontation mit den USA leisten, nachdem sich die beiderseitigen Spannungen, die mit den Ereignissen vom 4. Juni 1989 aufgekommen waren, gerade zu lösen begonnen hatten, zum andern aber mußte Beijing verwirrt feststellen, daß auch in der arabischen Welt die Meinungen tief gespalten waren, und daß sich jede klare Stellungnahme am Schluß gegen die Volksrepublik auswirken würde. Am besten steckte man daher den Kopf in den Sand!!

2.

Hauptelemente der etablierten chinesischen Nahostpolitik

2.1.

Nahostpolitik in den 70er und 80er Jahren

Fast in keinem anderen Erdteil hat die chinesische Außenpolitik einen so mäandrischen Kurs gesteuert wie im Nahen Osten, der vor allem zur Zeit des sino-sowjetischen Konflikts (1960-1989) aus chinesischer Sicht eine Schlüsselstellung einnahm. Aus Beijinger Perspektive war der Nahe Osten ein Hauptbestandteil beim Vollzug jener Zangenbewegung, die die damalige Sowjetunion gegenüber Europa anzusetzen versuchte. Die "Südflanke" wurde damals, wie Beijing meinte, von Afrika und vom Nahen Osten, vor allem vom Golfgebiet her aufgebaut. Für den Zugriff auf diese Gebiete schienen

den Chinesen vor allem zwei Formen charakteristisch zu sein, nämlich der Einsatz von Söldnern (u.a. von kubanischen Militärs) und die Errichtung "moskauhöriger Regime" in Äthiopien, Südjemen und in Afghanistan. Ziel chinesischer Nahostpolitik müsse es angesichts dieser Gegebenheiten sein, die dortigen Staaten zu militärischer Verteidigungsbereitschaft und zur "unablässigen Durchkreuzung sowjetischer Maßnahmen" aufzurufen. Der Nachbarstaat Afghanistan galt damals als besonderes Sorgenkind der chinesischen Außenpolitik, da er gerade an jener weichen Stelle lag, die weder durch die NATO noch durch die CENTO noch durch China geschützt war. Der spätere Einfall der Sowjetunion schien denn auch all diesen Befürchtungen recht zu geben.

Schon damals begann eine chinesische Außenpolitik, die bis heute typisch geblieben ist, nämlich der Versuch, dazu beizutragen, daß sämtliche nahöstlichen Staaten ihre gegenseitigen Konflikte abbauen und sich zu einer *Einheit* zusammenschließen - die beste Form des "Antihegemonismus", die sich überhaupt finden ließ. Damals, zu Beginn der 80er Jahre, gab es drei Sorgen (Libanonkrise, iranisch-irakischer Krieg und Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion), aber auch drei Lichtpunkte, nämlich Ägypten, zu dem China seit den 50er Jahren bereits im besten Einvernehmen stand, ferner die Türkei, die gerade wegen ihrer NATO-Mitgliedschaft als besonders zuverlässig galt, und nicht zuletzt auch Saudi-Arabien, mit dem China zwar erst 1990 diplomatische Beziehungen aufnehmen konnte, das es in all seinen Äußerungen aber schon damals höchst sympathisch fand.

Kern der Mittelostkrise war nach chinesischer Auffassung zu Beginn der 80er Jahre die Einmischung der beiden Supermächte, vor allem - so kann sich die Situation ändern! - die Sowjetunion. Als wichtigstes Instrument Moskaus galt damals eine Politik des "Teile und herrsche". Die Sowjetunion habe während der vorangegangenen zwei Jahrzehnte jeweils die Krisen Libyen/Ägypten, Libyen/Sudan, Sudan/Äthiopien, Somalia/Äthiopien, neuerdings auch Iran/Irak und Sudan/Libyen ausgenutzt und sich nach und nach Stützpunkte in Ägypten, im Sudan (Berbera), im Irak (Um Qua-

sar), in Südjemen (Aden) und in Dschibuti beschafft - z.T. freilich auch wieder verloren.

Die USA andererseits unterstützten vor allem Israel und hätten damit das Palästinenser- und das Libanon-Problem angeheizt.

Die Ziele einer chinesischen Nahostpolitik waren angesichts dieser Lage vorgegeben: Verdrängung der beiden Großmächte - am besten durch Bildung einer *nahöstlichen Einheitsfront* oder aber zumindest durch *partielle Bündnisse*. Konflikte innerhalb der Region waren abzubauen, konstruktive Initiativen (z.B. Ägyptens und Saudi-Arabiens) propagandistisch und materiell zu unterstützen.

Bei alledem mußte China freilich einsehen, daß seine Einflußmöglichkeiten höchst begrenzt waren. Eine Zeitlang hatte es - über die PLO und die PFLOAG (People's Front for the Liberation of the Occupied Arabian Gulf) - beträchtlichen *direkten* Einfluß ausgeübt, doch gehörten diese Hebel längst zu den Instrumenten der Vergangenheit.

Einheit, Einheit und nochmals Einheit - dies etwa war die ganzen 80er Jahre hindurch der Generalnenner der chinesischen Außenpolitik; vor allem 1988, beim Waffenstillstand zwischen Irak und Iran, erschienen sich, wie unten auszuführen, diese Erwartungen bestätigt zu haben.

Doch welche Enttäuschung, als mit dem Überfall des Iraks auf Kuwait am 2. August 1990 ein Spaltungsprozeß in der nahöstlichen Welt begann, wie ihn auch Pessimisten in diesem Ausmaß wohl kaum hätten voraussehen können!

2.2.

Die beiden irrtümlichen Hauptprämissen der chinesischen Nahostpolitik Zwei Erwartungen - und Hoffnungen - haben der bisherigen Außenpolitik Beijings gegenüber den Ländern des Nahen Ostens zugrunde gelegen, nämlich die Friedens- und die Einheitsillusion.

2.2.1.

"Wachsende Friedenskräfte": Ergebnis von Falschprognosen aus dem Jahr 1988

China hatte zu denjenigen Staaten gehört, die den Waffenstillstand zwischen Irak und Irak vom 20. August 1988 mit

besonderem Optimismus begrüßt haben.¹⁷ Nach acht Jahren Krieg sei es auch höchste Zeit für den Frieden gewesen: Preisverfall bei Erdöl, wirtschaftliche und finanzielle Probleme, der Wunsch der Menschen nach Frieden, Erschöpfung der Truppen und Schwierigkeiten beim Waffenkauf, nicht zuletzt aber auch die Einsicht, daß die bilateralen Streitigkeiten im Hinblick auf Grenzverlauf, Religion und Nationalitäten auch friedlich lösbar seien, hätten die Hauptgründe für den Waffenstillstand abgegeben. Der Waffenstillstand führe zu einer grundlegenden Veränderung in Nahost: Beide Kriegsgegner seien wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus mit dem nationalen Wiederaufbau in Anspruch genommen; beide seien auch auf internationale Hilfe angewiesen und müßten deshalb eine friedliche Außenpolitik führen; der Waffenstillstand trage außerdem zur Sicherheit und Stabilität in der Golfregion bei. Freie Fahrt in den internationalen Gewässern im Persischen Golf und in der Straße von Hormuz könne bald wieder erwartet werden; ferner werde der Waffenstillstand dazu beitragen, die Einmischung der Supermächte in Angelegenheiten der Golfregion zu verringern oder gar zu unterbinden. Kriegsschiffe der Supermächte hätten keinen Grund mehr, weiterhin in der Golfregion zu bleiben. Darüber hinaus würden die Meinungsverschiedenheiten in der OPEC wahrscheinlich beigelegt und zwischen ihren Mitgliedstaaten wieder normale Beziehungen hergestellt, so daß sich längerfristig auch der Ölpreis stabilisieren und wieder erhöhen könne. "Friede statt Krieg und Dialog statt Konfrontation" seien nicht nur in der übrigen Welt, sondern auch am Golf zur allgemeinen Tendenz geworden. Ein "Trend zur Entspannung" sei festzustellen. "Anzeichen zur Lösung jahrelang trennender Konflikte durch Verhandlungen" seien aufgetaucht.

Die Tatsache, daß im iranisch-irakischen Krieg im Verlaufe von acht Jahren mehr als eine Million Menschen ums Leben gekommen seien, und daß sich die Vermögensverluste auf Hunderte von Milliarden US-Dollar beliefen, sei eine weitere Garantie dafür, daß nun auf lange Sicht Friede einziehe usw. usw. Liest man diesen nicht einmal eineinhalb Jahre alten Kommentar von Zhou Minyi, so wird deutlich, wie sehr sich nicht nur die übrige Welt, sondern auch China verrechnet hat.

2.2.2.

"Wachsende Einheit der Völker des Nahen Ostens"

Lange Zeit war man in der VR China ferner von dem Wunschbild einer arabischen Einheit ausgegangen. Vor allem auf die integrierende Kraft der konservativen arabischen Staaten schien Verlaß zu sein, da diese ja umfassende Lösungen, u.a. auch die heikle Frage einer Garantie des Lebensrechts Israels, anstrebten.

Der Einmarsch des Irak in Kuwait hat jedoch das schöne Einheitsbild wie eine Fata Morgana verschwinden lassen. Schon im Vorfeld des Krieges war es am 3. August 1990 und am 10. August 1990 jeweils in Kairo zu Sondergipfelfreffen der Arabischen Liga gekommen, bei denen die Zerrissenheit offen zutage trat. Saudi-Arabien und einige Golfländer hatten damals beantragt, arabische Truppen gegen den Irak zu mobilisieren. 12 von 20 Teilnehmerstaaten stimmten dafür. Irak, Libyen und Palästina votierten dagegen, Algerien und Jemen enthielten sich der Stimme.

Die Fronten verschärfen sich noch zusätzlich durch den Kriegsausbruch vom 17. Januar. Nun gab es zusätzliche Verwerfungen, die Einheit und Solidarität der arabischen Welt wohl noch auf lange Zeit unterminieren dürften. Jordanien beispielsweise, das mit den USA lange Zeit enge Beziehungen unterhalten hatte, wandte sich nun scharf gegen das amerikanische Eingreifen und zog damit den Zorn der arabischen Anti-Irak-Front auf sich. U.a. wies Saudi-Arabien jordanische und jemenitische Diplomaten aus und schaffte mit einem Federstrich die Vorzugsbedingungen für die Gastarbeiter aus diesen Ländern ab.

Syrien andererseits, das mit den USA stets in Feindschaft gelegen hatte, war nun plötzlich ein fester Bestandteil der Anti-Irak-Koalition!

Die beiden Todfeinde Irak und Iran andererseits, die sich acht Jahre lang einen Krieg geliefert hatten, fanden angesichts des Kriegs zu einer Aussöhnung, wobei sich der Iran allerdings Neutralität vorbehielt.

Kurzum, von Einheit nirgends eine Spur - wie konnte man da von China eine klare Stellungnahme erwarten!?

Zu drei Ländern im Nahen Osten hatte China im Vorfeld des neuen Kriegs besonders enge Beziehungen entwickeln können, nämlich zum alten Freund Ägypten, dessen Präsident Mubarak im Mai 1990 erneut Beijing besuchte, ferner zum Iran, dessen Präsident Rafsandschani nur zwei Tage vor Mubarak in Beijing gewesen war, und nicht zuletzt zu Saudi-Arabien, das 1990 diplomatische Beziehungen mit Beijing aufnahm (und damit freilich auch seinen bisherigen Partner Taibei vor den Kopf stieß).

Aber sogar diese drei kümmerten sich wenig um Beijings Wünsche, sobald es ernst wurde!

Besonders enttäuscht muß China über das Verhalten der PLO gewesen sein, die seit Jahrzehnten zu den Schutzbefohlenen Chinas gehört, die sich aber in der Stunde der Entscheidung ganz auf die Seite des Irak geschlagen hat, und die auch für die Forderungen Chinas nach einem Rückzug des Irak aus Kuwait ein taubes Ohr hatte. Allerdings hütete sich Beijing, dieses Verhalten offen zu kritisieren.

Kein wertendes Wort auch zu den Raketenangriffen des Irak auf das am Krieg unbeteiligte Israel!

Angesichts dieses Zusammenbruchs aller Prämissen der chinesischen Nahostpolitik hinterließ eine ziemlich ratlose Volksrepublik!

Kein Wunder, daß Beijing sich auf Rituale zurückzog, die sich mit den Stichworten "größte Zurückhaltung" (so Ministerpräsident Li Peng erneut am 19. Januar)¹⁸ und "Friedensbemühungen" umschreiben lassen. Eifrig sammelte China Nachrichten von Antikriegsdemonstrationen aus allen Teilen der Welt und stellte sich mit deren Veröffentlichung hinter die Friedensbefürworter.

Außerdem wurde am 12. Februar ein stellvertretender Ministerpräsident mit Friedensbotschaften in den Nahen Osten entsandt.

Des weiteren veröffentlichte Beijing Aufrufe der chinesischen Muslime zur Wiederherstellung des Friedens.¹⁹

3. Die Interessen Chinas

3.1. Allgemein

Ein nicht näher genanntes Mitglied des Generalstabs, der von einem Reporter der Hongkonger Zeitung *Tang Tai* am 26.1.1991 befragt wurde,²⁰ meinte, daß China aus drei Gründen mit dem Golfkrieg unzufrieden sein müsse: erstens verursache der Krieg mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine globale Wirtschaftsdepression, von der auch die chinesische Volkswirtschaft erfaßt werde, zweitens reduziere der Krieg das Ansehen und den Einfluß Chinas in der arabischen Welt, nachdem seine Politik des "miteinander Redens statt gegeneinander Kämpfens" versagt habe, und drittens könne China nicht daran interessiert sein, daß der amerikanische Einfluß im Nahen Osten erneut zunehme. Die USA könnten versucht sein, im Nahen Osten eine ähnliche "demokratische Reform amerikanischen Stils" einzuführen, wie dies in Japan nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschehen sei.

3.2. Chinesische Wirtschaftsinteressen

Schon aus wirtschaftlichen Gründen kann China nicht an einem Krieg in Nahost interessiert sein. Zwischen 1981 und 1986 beispielsweise schickte die staatliche chinesische Großfirma für Auslandsbauten rd. 60.000 Arbeiter in den Nahen Osten, und zwar größtenteils in den Irak, und nahm dafür rd. 530 Mio. US\$ ein. Zwischen 1981 und 1984 arbeitete die VRCh an 84 Projekten im Irak.²¹ Ferner führte die chinesische Firma in Zusammenarbeit mit dem brasilianischen Bauunternehmen Mendes jr. im Irak ein Projekt von 600 Mio. US\$ durch.

Auch sonst würde die Golfkrise die Entwicklung in Ostasien, u.a. in China, beeinträchtigen. China kann hier u.a. auf eine Studie der Asiatischen Entwicklungsbank verweisen: bezogen nämlich die asiatischen Mitgliedsländer der Bank i.J. 1985 lediglich 65% ihres Ölimports aus dem Mittleren Osten, so war ihre Abhängigkeit von dieser Region Ende 1990 bereits auf 75% angewachsen. Noch höhere Ölpreise würden, so die ADB, den Ent-

wicklungsländern, die ohnehin schon unter einer drückenden Staatsverschuldung, unter Leistungsbilanzdefiziten, hohen Inflationsraten und einer bedrückenden Schuldentilgungsrate litten, zusätzliche Lasten aufbürden. Steigende Ölrechnungen, Devisenmangel und Preissteigerungen infolge erhöhter Importpreise seien ganz dazu angetan, das Wachstum dieser Länder noch weiter zu schwächen. Doch nicht nur die gestiegenen Ölpreise, sondern auch der Lohnausfall der asiatischen Gastarbeiter werde die Leistungsbilanz der asiatischen Entwicklungsländer erheblich verschlechtern; waren doch in Kuwait bis zum Beginn der Golfkrise rd. 500.000 und im Irak rd. 55.000 Gastarbeiter aus den Ländern vor allem Ost- und Südasien beschäftigt. I.J. 1988 hätten die Überweisungen der Gastarbeiter, gemessen am Export einzelner Länder, 62% bei Bangladesh, 38% bei Pakistan, 29% bei Sri Lanka und 21% bei Indien ausgemacht.

Drittens müßten diese Länder auch noch erhebliche Exportverluste aufgrund der neuen Handelsbehinderungen hinnehmen. I.J. 1988 hätten die asiatischen Länder Waren im Werte von 12,5 Mrd. US\$ in den Mittleren Osten exportiert. Dabei lag Südkorea mit 2,5 Mrd. US\$ an der Spitze, gefolgt von der VR China (2,1 Mrd.) und Taiwan (1,6 Mrd.). Waren im Wert von 1,46 Mrd. US\$ gingen allein i.J. 1988 nach Kuwait und in den Irak.

Andererseits könnten die ölexportierenden Länder Asiens mit unerwarteten Gewinnen rechnen - die ADB spricht von einer Gesamtsumme von rd. 3 Mrd. US\$ i.J. 1990 und 4,8 Mrd. i.J. 1991. Am stärksten werde Indonesien davon profitieren. Für Malaysia erwartet die Bank eine Verbesserung der Handelsbilanz i.J. 1991 um 800 Mio. US\$ und für die VR China um die 700 Mio. US\$.²²

Sogar um die westliche Wirtschaft zeigt sich China allen Ernstes besorgt. Ein Krieg am Golf könne, prognostizierte ein chinesischer Beobachter,²³ etliche westliche Länder in eine Rezession hineinziehen. Käme es zum Krieg, würden die Ölfelder in Saudi-Arabien, Irak und Kuwait in Mitleidenschaft gezogen und ein Mangel an Öl mit entsprechenden Preissteigerungen erfol-

gen. Die Weltbank rechne für einen solchen Fall mit einem Preis bis zu 65 US\$ pro barrel, was wiederum einen Inflationsschub und eine Rezession in den westlichen Ländern hervorbrächte. Überdies befänden sich eine Reihe von westlichen Ländern im letzten Stadium des laufenden Wirtschaftszyklus, dessen Abwärtsbewegung durch einen Krieg noch zusätzlich verstärkt würde. Die USA gäben dafür das deutlichste Beispiel ab. Seit Dezember 1982 habe die amerikanische Wirtschaft 7 Jahre und 10 Monate lang einen ständigen Aufschwung genommen und nähere sich nun - bei nachlassendem Konsumbedarf - dem Abschwung. Ähnlich sei es mit Großbritannien und Kanada bestellt. Ein Krieg werde all diese Staaten auf dem falschen Fuß erwischen.

Lediglich die Wirtschaft Japans und Deutschlands floriere momentan noch. Bei einer schwerwiegenden Ölkrise könnten jedoch auch diese beiden Musterschüler einen Rückschlag erleiden, wobei sie von der amerikanischen Wirtschaft zusätzlich mit in den Abgrund gezogen würden.

3.3.

Chinesischer Waffenhandel in Nahost
Die Friedensaufrufe Beijings können kaum darüber hinwegtäuschen, daß die VR China seit rund einem Jahrzehnt einer der Hauptwaffenlieferanten für den nahöstlichen Kriegsschauplatz, nicht zuletzt auch für den irakischen Raubstaat, war - und z.T. auch heute noch ist und damit zur Brisanz der Auseinandersetzungen beigetragen hat.

Von den chinesischen Gesamtwaffenverkäufen in Höhe von rd. 5,2 Mrd.US\$ an die Dritte Welt zwischen 1984 und 1987 sind vermutlich 80% an den Iran und den Irak gegangen.²⁴ Bereits zwischen 1981 und 1985 hatte China den Irak mit Waffen im Wert von rd. 3 Mrd.US\$ versorgt. Zur gleichen Zeit belieferte die Volksrepublik den Kriegsgegner Iran mit konventionellen Waffen sowie mit "Seidenraupen"-Mittelstreckenraketen.

Ein Teil der irakischen Waffen war allerdings noch während des iranisch-irakischen Kriegs z.T. durch ägyptische Mittelsmänner in China geordert worden, darunter 100 Flugzeuge vom Typ F-7 und 260 Panzer.²⁵

Schlimmer noch: Der Zynismus ging so weit, daß China sich nicht scheute, sogar mit dem Todfeind einiger arabischer Staaten, nämlich mit Israel, auf waffentechnischem Gebiet eng zusammenzuarbeiten. Zwischen 1976 und 1988 soll Israel die Volksrepublik China mit modernen Waffen im Gesamtwert von 4 Mrd.US\$ beliefert haben.²⁶ Israelische Militärberater wurden in China Ende der 70er Jahre immer häufiger gesehen.²⁷ Die 105-mm-Kanonen auf den chinesischen T-69-Panzern beispielsweise stammen aus israelischer Produktion. Außerdem hat Israel die VR China mit Raketenköpfen und mit panzerbrechender Munition ausgestattet.

Die Tatsache, daß China am 5.August 1990 die Erklärung abgab, hinfort keine Waffen mehr an den Irak zu liefern, läßt den Schluß zu, daß bis zu diesem Zeitpunkt der Nachschub weitergelaufen war.

4.

Die Angst der Regierung vor Unruhen - und sei es auch nur durch Friedensdemonstrationen

Unmittelbare Besorgnisse in der chinesischen Bevölkerung löste der Krieg nicht aus: Der Golf ist weit entfernt, und außerdem gibt sich die chinesische Berichterstattung mehr als vorsichtig. Die seit dem Frühjahr 1989 stabilitätsbesessene Regierung will alles vermeiden, um Unruhe zu erzeugen. Nachrichten, die vom Irak und von den Alliierten am Golf ohnehin schon auf stärkste gefiltert sind, werden von den staatlich kontrollierten Medien Chinas noch ein zweites Mal abgemildert, so daß kaum noch etwas "herüberkommt".

So nichtssagend die chinesischen Äußerungen zum Golfkrieg außenpolitisch sein mögen, so vielsagend sind sie für den Zustand der *Innenpolitik*: Die Angst vor jeglicher Beunruhigung, und sei es auch nur durch Friedensdemonstrationen, spricht Bände!

Ganz auf dieser Linie ergingen so gleich nach Kriegsausbruch Regelungen über die Golfberichterstattung und gegen die Abhaltung von Antikriegsdemonstrationen.²⁸ Demonstrationen im Ausland sind gut - aber bitte nicht in China: Dies etwa war der Kurs, den die Führung zu steuern versuchte. Niemand sollte Gelegenheit bekommen, die Golfkrise für eigene Zwecke

auszunutzen. Auch bei einem so fernen Ereignis wie dem Golfkrieg taucht so gleich wieder das Gespenst des 4.Juni auf!

Anmerkungen:

- 1) So Zheng Ming, 1.9.90.
- 2) C.a., November 1990, Ü 1.
- 3) XNA, 30.8.90.
- 4) XNA, 5.9. und 10.10.90.
- 5) XNA, 7.9.90.
- 6) XNA nach SWB, 4.10.90.
- 7) RMRB, 15.11.90.
- 8) FBIS, 7.1.85, I, S.3 f.; ebenda, 12.9.86, I, S.3 f.
- 9) Dazu Näheres C.a., Dezember 1990, Ü 5.
- 10) XNA, 11.1.91.
- 11) Ausführlich dazu C.a., November 1990, Ü 1.
- 12) XNA, 18.1.91.
- 13) Dazu XNA in SWB, 25.1.91.
- 14) XNA, 27.1.91.
- 15) XNA, 25.1.91.
- 16) XNA nach SWB, 28.1.91.
- 17) Vgl. dazu beispielsweise BRu 1988, Nr.34, S.4.
- 18) XNA, 20.1.91.
- 19) XNA, 24.1.91.
- 20) SWB, 29.1.91.
- 21) FBIS, 20.2.84, I, S.2.
- 22) Wiedergegeben in FAZ, 9.11.90.
- 23) BRu 1990, Nr.50, S.30 f.
- 24) Newsweek, 4.7.88.
- 25) FEER, 18.12.86.
- 26) Washington Post, 29.5.88.
- 27) Financial Times, 22.4.88.
- 28) Tokyo Shimbun in SWB, 30.1.91.